



PANDEMIE- PROFITEURE UND VIRUS- VERLIERER*INNEN

Supermärkte erwirtschaften
Rekordumsätze, während die Pandemie
vor allem Frauen weltweit trifft



OXFAM
Deutschland

PANDEMIE-PROFITEURE UND VIRUS-VERLIERER*INNEN

SUPERMÄRKTE ERWIRTSCHAFTEN
REKORDUMSÄTZE, WÄHREND
DIE PANDEMIE VOR ALLEM FRAUEN
WELTWEIT TRIFFT

1. EINLEITUNG

Am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation WHO die neuartige Viruserkrankung COVID-19 zur Pandemie. Während in vielen Regionen der Erde Ausgangssperren verhängt sowie Zusammenkünfte eingeschränkt wurden und zahlreiche Einrichtungen und Geschäfte schließen mussten, gab es einen Ort, der zu jeder Zeit geöffnet blieb: Der Supermarkt um die Ecke. Es ist keine Überraschung, dass der Lebensmittelhandel einer der Wirtschaftszweige ist, die nach über einem Jahr Pandemie deutlich besser dastehen als vorher. Supermarktketten rund um die Welt machten in diesem Krisenjahr Rekordgewinne, ihre Eigentümer*innen wurden reicher und reicher.

Zur gleichen Zeit bekamen Menschen, die in den Supermärkten verkaufte Produkte herstellen, die Auswirkungen der Pandemie besonders stark zu spüren: Arbeiter*innen auf den Traubenfarmen Südafrikas, den Fischkuttern in Thailand oder den Kaffeeplantagen in Brasilien verloren teilweise ihre Jobs. Wer bleiben durfte, hatte aufgrund beengter Arbeits- und Lebensverhältnisse ein hohes Risiko, sich mit dem Virus anzustecken und konnte bei einer Erkrankung nicht auf ausreichende Gesundheitsversorgung hoffen. Auch in Deutschland sind Arbeiter*innen besonders betroffen, beispielsweise in der Fleischindustrie und bei der Spargelernte.

Die Pandemie verstärkt darüber hinaus anhaltende Probleme in globalen Lieferketten, wie ungleiche Gewinnverteilung, unzureichende Löhne und besonders die systemische Benachteiligung von Frauen¹. Sie haben durch die Pandemie überdurchschnittlich häufig ihre Arbeit verloren und mussten einen Großteil der zusätzlichen Care-Arbeit² schultern. Hier sind die Supermarktketten in der Verantwortung, drücken sich bisher jedoch weitgehend davor, wie unter anderem Oxfams Supermarkt-Check zeigt.

Um mehr über die Situation von Arbeiter*innen nach einem Jahr COVID-19 zu erfahren, hat Oxfam gemeinsam mit Partnerorganisationen Recherchen in mehreren Ländern durchgeführt, in denen Produkte für deutsche Supermarktketten hergestellt werden. Besonders dramatisch sind die Fallbeispiele aus Brasilien. Hier stehen einige Besitzer*innen von Kaffeeplantagen wegen drastischer Arbeitsrechtsverletzungen und Fällen von sogenannter „moderner Sklaverei“ auf einer „schmutzigen Liste“ der brasilianischen Regierung. In unseren Recherchen haben wir Verbindungen dieser Plantagen zu deutschen Supermarktketten gefunden.

Zudem zeigen unsere Recherchen den starken Kontrast zwischen Supermarktketten, die das wirtschaftlich erfolgreichste Jahr seit ihrem Bestehen feiern, und den Arbeiter*innen in den globalen Lieferketten, die von ihren Löhnen kaum überleben können. Die Kluft zwischen den Wertschöpfungsanteilen wächst also weiter: Arbeiter*innen bekommen immer weniger vom Preis der von ihnen geernteten oder weiterverarbeiteten Produkte, während die Supermärkte den größten Anteil für sich behalten.

☞ Maria* und ihre Tochter Lucia*
arbeiten auf einer Kaffeeplantage in
Minas Gerais, Brasilien.

© Tatiana Cardeal/Oxfam

2. PANDEMIE-PROFITEURE: SUPERMÄRKTE VERSTÄRKEN DIE UNGLEICHHEIT

Die Corona-Pandemie verschärft wie unter dem Brennglas bisherige Trends globaler Ungleichheit. Nirgendwo wird dies deutlicher als im Lebensmitteleinzelhandel. Im Pandemie-jahr 2020 haben die deutschen Supermärkte Rekordumsätze erwirtschaftet. Discounter wie Lidl und Aldi legten im Vergleich zum Vorjahr knapp neun Prozent und klassische Supermärkte wie Rewe und EDEKA knapp 17 Prozent zu.³ Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) schreibt diesbezüglich vom „besten Jahr seit Menschengedenken“. Für das Jahr 2021 wird in der Branche mit ähnlich hohen Umsätzen gerechnet.⁴

Der Umsatzboom spiegelt sich auch auf den Konten der Eigentümer*innen deutscher Supermarktketten wider. Das Vermögen von Beate Heister und Karl Albrecht Junior, den Haupteigentümer*innen von Aldi Süd, wuchs zwischen April 2020 und Januar 2021 von knapp 18 Milliarden Euro auf fast 25 Milliarden Euro. Die gleiche Entwicklung lässt sich für Dieter Schwarz, den Eigentümer der Schwarz-Gruppe, zu der Kaufland und Lidl gehören, aufzeigen: Sein Vermögen vermehrte sich im selben Zeitraum um mehr als 30 Prozent.⁵

DAS UNGLEICHHEITSVIRUS: WIR SITZEN NICHT ALLE IM SELBEN BOOT

Zu Beginn der Pandemie gehörten viele Menschen, die für Supermärkte arbeiten, plötzlich zu gefährdeten Gruppen: Sowohl die Angestellten in den Filialen als auch die Arbeiter*innen in den Zuliefererländern fürchteten, sich bei der Arbeit anzustecken. Doch während die Supermarktketten Kasse machten, wurden ihre Mitarbeitenden nur wenig bedacht. Teilweise erhielten Angestellte in den Filialen einmalige Bonuszahlungen für die Risiken, jedoch häufig nur in Form von Einkaufsgutscheinen.⁶ Informationen darüber, welche Schutzmaßnahmen die Konzerne für Menschen in ihren globalen Lieferketten unternommen haben, sind nur bruchstückhaft zu finden.

Zwar mussten sie zusätzliche Gelder aufwenden, um Mitarbeitende und Kund*innen zu schützen, Oxfams Berechnungen für zahlreiche internationale Supermarktketten zeigen jedoch, dass diese Mehrkosten nur einen Bruchteil des Umsatzzuwachses ausmachen.⁷ Anstatt die Pandemie-Gewinne in den dringend notwendigen Schutz von Menschen und Menschenrechten zu investieren, verbleiben sie also bei den Unternehmen. Das treibt die globale Ungleichheit weiter voran.

Ein Rechenbeispiel: Allein die Vermögenssteigerung der Eigentümer*innen von Aldi Süd während der Pandemie hätte ausgereicht, um während dieser Zeit fast vier Millionen Kaffee-Arbeiter*innen im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais, dem größten Anbaugelände Brasiliens, existenzsichernde Löhne zu zahlen.⁸ Noch deutlicher wird ein Vergleich der absoluten Vermögen: Ein*e Arbeiter*in auf einer Kaffeeplantage in Brasilien müsste mehr als achteinhalb Millionen Jahre arbeiten, um so viel als Lohn zu erhalten, wie Lidl-Eigentümer Dieter Schwarz an Vermögen besitzt.⁹ Das ist länger als es menschliches Leben auf der Erde überhaupt gibt.

✿ Mit [*] markierte Namen wurden geändert bzw. gekürzt. Oxfam setzt sich für Menschen in prekären Situationen ein – beispielsweise auf der Flucht vor Verfolgung oder in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Wir sehen aus Respekt und zum Schutz der Menschen, zum Beispiel vor Repressionen oder Stigmatisierung, von der Namensnennung ab.



Felipe* musste wegen der Pandemie im Süden des Landes nach Arbeit suchen. Auf der Plantage schlief er auf dem Boden, Ausrüstung und Schutzkleidung musste er selbst kaufen.

© Tatiana Cardeal/Oxfam

3. DIE SITUATION DER ARBEITER*INNEN WIRD IMMER DRAMATISCHER

Rekordgewinne auf der einen Seite, Ausbeutung auf der anderen: Arbeiter*innen auf Kaffeeplantagen in Brasilien, Teeplantagen im indischen Assam, Traubenfeldern in Südafrika und in der Fisch- und Meeresfrüchteleproduktion in Thailand haben Oxfam ihre dramatische Situation während der Pandemie geschildert. Viele arbeiten und leben dicht an dicht und können sich nicht an Abstandsregeln halten. So sind sie in besonderem Maße gefährdet, sich mit COVID-19 anzustecken. Hinzu kommt, dass die medizinische Versorgung häufig unzureichend ist.

Viele der Arbeiter*innen bekamen vor der Pandemie bereits Löhne unterhalb des Existenzminimums. Durch Corona verloren sie teils auch diese Jobs und damit ihre einzige Chance auf Einkommen.

FRAUEN: DIE GRÖSSTEN VERLIERERINNEN DER PANDEMIE

Eine neue Studie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO belegt, dass während der Pandemie weltweit bisher 64 Millionen Frauen ihren Arbeitsplatz verloren haben. Sie sind damit fast 25 Prozent stärker betroffen als Männer. Zudem leisten Frauen mehr als drei Mal so viel unbezahlte Care-Arbeit, eine Belastung, die sich durch geschlossene Kindergärten und Schulen noch einmal verstärkt.¹⁰

Laut eines Berichts der Organisation der Vereinten Nationen UN Women arbeiten Frauen gerade am Anfang globaler Lieferketten überproportional in schlechter bezahlten Jobs, beispielsweise bei der Ernte, Verarbeitung und Verpackung von Obst, Gemüse oder Meeresfrüchten.¹¹



Als **Gender Pay Gap** wird die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern bezeichnet. Laut einer Studie von UN Women verdienen Frauen im globalen Durchschnitt nur 77 Prozent des Lohn Einkommens, das Männer erhalten.¹²

Eine Befragung von Arbeiter*innen auf Teeplantagen im indischen Assam durch Oxfam ergab, dass Frauen während des ersten Lockdowns im Durchschnitt 45 Arbeitstage verloren hatten, während es bei Männern nur 33 Tage waren. Auch bei der Arbeitsteilung zeigt sich in der Teeproduktion die systemische Ungleichheit: Während Frauen mehrheitlich auf den Feldern arbeiten, sind bei den meist besser bezahlten Verarbeitungsschritten vor allem Männer beschäftigt. Dies vergrößert den Gender Pay Gap. Die Erhebungen ergaben für Frauen ein durchschnittliches Monatseinkommen von umgerechnet circa 42 Euro, für Männer von 53 Euro. Beides sind dramatisch niedrige Einkommen, die ein würdevolles Leben nicht möglich machen.¹³

CORONA-AUSBRÜCHE IN DER THAILÄNDISCHEN FISCH- UND MEERESFRÜCHTE-INDUSTRIE

Chesa¹⁴, eine Arbeiterin aus Myanmar, arbeitet in der Fischindustrie in Thailand. Ihr größtes Problem ist, dass sie nicht mehr genug Arbeit bekommt: „Für unsere Kinder schicken wir jeden Monat Geld nach Hause. Mein Herz ist schwer, weil ich das in letzter Zeit nicht machen konnte. Meine Kinder sagen mir, dass kein Geld mehr da ist und ich etwas schicken soll, aber ich kann ihnen nur sagen, dass sie noch etwas warten müssen. Wir haben auch Angst, dass uns die Leute verachten und ausgrenzen, wenn wir uns infizieren.“ Ihre Unterkunft konnte Chesa nicht mehr bezahlen, da ihr Einkommen sich durch die Corona-Pandemie halbiert hat. Sie wohnt nun mit sieben weiteren Personen zusammen.

Mehr als ein Drittel der Arbeiter*innen, mit denen Oxfams Partnerorganisationen sprachen, haben ihre Arbeit verloren, als es im Dezember 2020 einen Coronaausbruch im Zentrum der thailändischen Fisch- und Meeresfrüchteindustrie, Samut Sakhon, gab. In dieser Zeit erhielten sie keine finanzielle Unterstützung. Soe* ist in der Fischverarbeitung tätig. Sie erzählte, dass die Fabrik, in der sie arbeitet, die Produktion für über einen Monat gestoppt hatte. Sie bekam weder Lohn noch finanzielle Unterstützung. „Normalerweise verdiene ich 108 bis 121 Euro in 15 Tagen, aber in letzter Zeit gab es nur wenig Arbeit und ich komme gerade einmal auf 16 bis 22 Euro¹⁵. Mein Mann hat glücklicherweise auch Arbeit und so können wir zumindest Essen kaufen.“

Im Kaffeesektor in Brasilien ergibt sich ein ähnliches Bild. Obwohl, gemäß einer von Oxfam beauftragten Recherche, Frauen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse haben, sind sie überdurchschnittlich häufig in schlechter bezahlten Jobs tätig; der Einkommensunterschied liegt bei 16,2 Prozent. Auch bei gleichen Tätigkeiten verdienen Frauen häufig weniger.¹⁶

Zudem befinden sich Frauen häufiger in unsicheren Arbeitsverhältnissen: 2017 waren 76 Prozent der weiblichen Arbeiterinnen im brasilianischen Agrarsektor informell beschäftigt, bei den Männern waren es 67 Prozent.¹⁷

Eine Arbeiterin in der Fischereiindustrie in Thailand berichtete gegenüber thailändischen NGO Raks Thai Foundation, dass Frauen trotz höherer Arbeitsleistung deutlich seltener feste Arbeitsverträge und damit auch Zugang zu Gesundheitsleistungen erhalten als Männer¹⁸, wodurch sie den Risiken durch die Pandemie stärker ausgesetzt sind.

Die Corona-Pandemie hat also die globale Ungleichheit auch im Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit weiter verstärkt. Frauen in den Lieferketten tragen hierbei die größte Last, während die Eigentümer*innen der großen Supermärkte weltweit profitieren.

OXFAMS SUPERMARKT-CHECK ZEIGT: SUPERMÄRKTE HABEN NACHHOLBEDARF BEI GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Mit dem Supermarkt-Check analysiert Oxfam jährlich, wie weit Supermarktketten in den USA, Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entsprechen. 2020 haben die Menschenrechtspolitik einiger Supermärkte Fortschritte gezeigt; insgesamt schneiden die Unternehmen jedoch weiterhin mangelhaft ab. Besonders auffällig ist der erhebliche Nachholbedarf beim Schutz von Frauenrechten und der Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit in ihren Lieferketten. Alle deutschen Supermarktketten im Check können in dieser Kategorie die wenigsten Punkte vorweisen. EDEKA fällt mit null Punkten negativ auf. Im internationalen Vergleich erreichen elf von 16 Supermarktketten weniger als 20 Prozent der möglichen Punktzahl in dieser Kategorie, wobei sechs Supermarktketten mit null Punkten bisher jegliche Aktivität vermissen lassen.¹⁹



Bisher bemühen sich die Supermärkte nicht ausreichend, dieses Problem zu adressieren. So fehlt es an Transparenz: Keine der Supermarktketten erhebt geschlechtsspezifische Daten zu Löhnen von Arbeiter*innen, keines der betrachteten Unternehmen hat konkrete Ziele für die Unterstützung von Frauen in ihren Lieferketten veröffentlicht. Erste Fortschritte sind jedoch zu beobachten. So hat Rewe eine Leitlinie zur Stärkung von Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit in der eigenen Lieferkette erstellt.²⁰ Aldi Nord, Aldi Süd und Lidl haben entsprechende Richtlinien angekündigt.

FÄLLE „MODERNE SKLAVEREI“ IM KAFFEEANBAU IN BRASILIEN

Seit 2003 gibt es in Brasilien eine Verbotstabelle, auf der Arbeitgeber*innen gelistet werden, denen schwere Arbeitsrechtsverletzungen gemäß der Definition für moderne Sklaverei (siehe Box) nachgewiesen wurden – die sogenannte „Lista Suja“ („schmutzige Liste“). Jedes Jahr finden sich auch Eigentümer*innen von brasilianischen Kaffeeplantagen auf dieser Liste. Oxfams Recherchen belegen, dass Aldi Nord, Aldi Süd, EDEKA, Lidl und Rewe alle in Verbindung mit Kooperativen stehen, die von Farmen Kaffee bezogen haben, deren Eigentümer*innen auf der „Lista Suja“ stehen.

MODERNE SKLAVEREI

Das Zusatzübereinkommen der Vereinten Nationen zur Abschaffung der Sklaverei von 1957 verbietet der Sklaverei ähnliche Praktiken. Der Begriff der modernen Sklaverei umfasst heute eine Vielzahl an Ausbeutungsverhältnissen. Darunter die Zwangsarbeit, Zwangsprostitution, aber auch Fälle von Kinderarbeit, Zwangsheirat und die sogenannte Schuldknechtschaft. Häufig sind Arbeiter*innen bei ihren Arbeitgeber*innen verschuldet, sodass sie den Arbeitsplatz nur schwer wieder verlassen können, ihre Freiheit also eingeschränkt ist. Somit entstehen zwangsarbeitsähnliche Arbeitsverhältnisse. Nach brasilianischem Gesetz umfasst „sklavenähnliche Arbeit“ unter anderem überlange Arbeitstage, „erniedrigende Arbeitsbedingungen, Zwangsarbeit und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, z.B. durch Schuldknechtschaft.“²¹



Maria* und ihre Tochter Lucia*. Maria* begann um 5 Uhr morgens mit der Arbeit, der Farmbesitzer stellte weder Lebensmittel noch Orte zum Essen oder Ausruhen zur Verfügung.

© Tatiana Cardeal/Oxfam

BERICHTE EINER SAISON-ARBEITERIN IM KAFFEESEKTOR IN MINAS GERAIS

Maria* berichtete Oxfam während eines Interviews Ende 2020, dass sie schon ihr ganzes Leben lang auf der Suche nach Arbeit in der Provinz umherzieht. Ihre Tochter Lucia muss daher bis zu zwei Mal im Jahr die Schule wechseln und kann manchmal gar nicht zur Schule gehen. Maria hat auf einer Farm gearbeitet, die auch Verbindungen zu deutschen Supermärkten hat. „Ich musste immer sehr lange arbeiten, von fünf Uhr morgens bis sechs Uhr abends, auch bei Regen, immer dem Risiko ausgesetzt, von Schlangen gebissen zu werden und ohne Zugang zu einer Toilette“, erinnert sie sich. „Ich habe keine Schutzausrüstung bekommen und musste sie mir selber kaufen.“ Ihre Tochter ergänzt: „Alles Geld, das meine Mutter verdient, müssen wir für Essen ausgeben.“ Auch andere Arbeiter*innen in Minas Gerais berichten, dass sie weder Arbeitskleidung noch Schutzausrüstung gegen Pestizide oder das Corona-Virus gestellt bekommen, sondern alles aus eigener Tasche bezahlen mussten.

Obwohl das nicht bedeutet, dass jede der genannten Supermarktketten tatsächlich Kaffee von Farmen mit sklavenähnlichen Verhältnissen kauft – einige verneinen das ausdrücklich – so haben doch alle zumindest Geschäftsverbindungen zu Kooperativen, die dort einkaufen. Sie haben damit die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie demnächst auch nach deutschem Recht, ihren Anteil dazu beizutragen, diese katastrophalen Zustände zu beenden.



Auf den Kaffeeplantagen in Minas Gerais wird mit giftigen Pestiziden gearbeitet, gegen die Arbeiter*innen sich schwer schützen können.

© Tatiana Cardeal/Oxfam

WAS WÜRD E EIN LIEFERKETTENGESETZ AN DIESER SITUATION ÄNDERN?

Ein Lieferkettengesetz, das den Anforderungen der Initiative Lieferkettengesetz²² entspricht, würde Supermarktketten verpflichten, die menschenrechtlichen Risiken in ihren Lieferketten zu erfassen und entsprechend vorsorgende Maßnahmen zu treffen, um Rechtsverletzungen zu vermeiden. Im Falle aufgetretener Rechtsverletzungen müssen Unternehmen Abhilfe und gegebenenfalls Wiedergutmachung leisten. Die von der Bundesregierung abgeschwächte Variante sieht jedoch vor, dass Unternehmen zunächst nur direkte Zulieferunternehmen, in diesem Fall wären das die Röstereien in Deutschland, betrachten müssen. Die Rechtsverletzungen wie im oben beschriebenen Fall treten jedoch weitaus früher in der globalen Lieferkette auf. Hier sollen Unternehmen, gemäß der abgeschwächten Variante der Bundesregierung, nur bei „substanziierter Kenntnis“ tätig werden müssen. Im Einzelfall könnte die Behörde bei Nichthandeln der Unternehmen auch Bußgelder verhängen. Oxfam fordert, dass das Gesetz nachgeschärft wird und von Anfang an die gesamte Lieferkette in den Blick genommen wird, um auch Arbeiter*innen am Beginn globaler Lieferketten zu schützen. Ebenso sollte ein Schadensersatzanspruch mit Klagemöglichkeit für Betroffene explizit aufgenommen werden. Inwieweit das verabschiedete Gesetz einen Beitrag zur Verbesserung vor Ort bringen wird, bleibt abzuwarten.

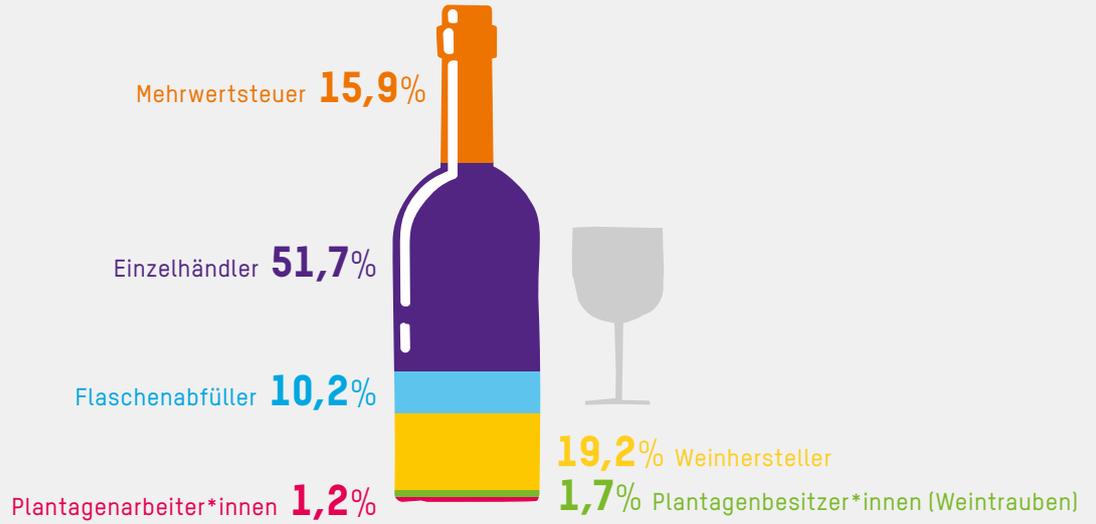
LÖWENANTEIL UND BROTKRUMEN: PROFITE ENTLANG DER LIEFERKETTE SIND EXTREM UNGLEICH VERTEILT UND LÖHNE REICHEN NICHT ZUM LEBEN

Die extreme Ungleichheit im globalen Lebensmittelhandel hat sich während Corona verstärkt. Dies ist aber keine neue Entwicklung, sondern langjährige ausbeuterische Praxis, bei der Profite extrem ungleich verteilt sind. Oxfam hat das immer wieder nachgewiesen, zuletzt im Bericht „Ripe for Change“²³ aus dem Jahr 2018.

Neue Berechnungen für Kaffee aus Brasilien, Tee aus Indien und Wein aus Südafrika über den Zeitraum zwischen 2005 und 2019 belegen, wie sich die ungleiche Verteilung der Wertschöpfung entlang der Lieferkette weiter festigt. Aus allen drei Anbauregionen wurden in der Vergangenheit Lieferverbindungen zu deutschen Supermärkten nachgewiesen.

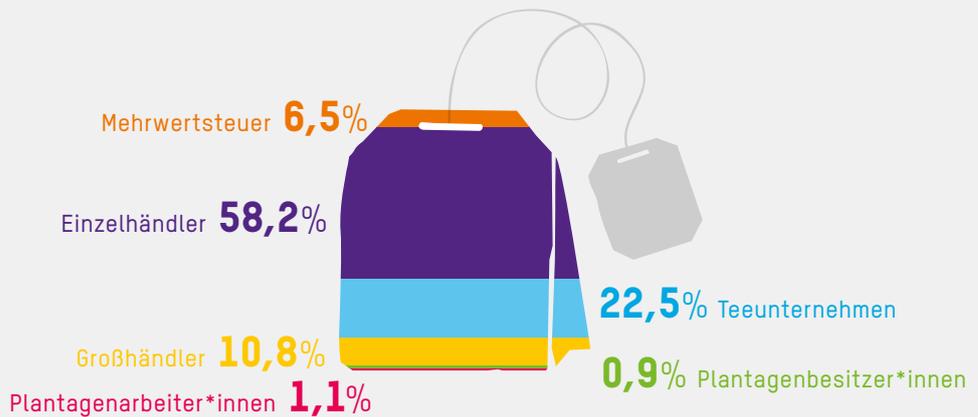
WER VERDIENT AM WEIN?

(Quelle: BASIC, Wertschöpfungskette Wein, Südafrika nach Deutschland, 2019)



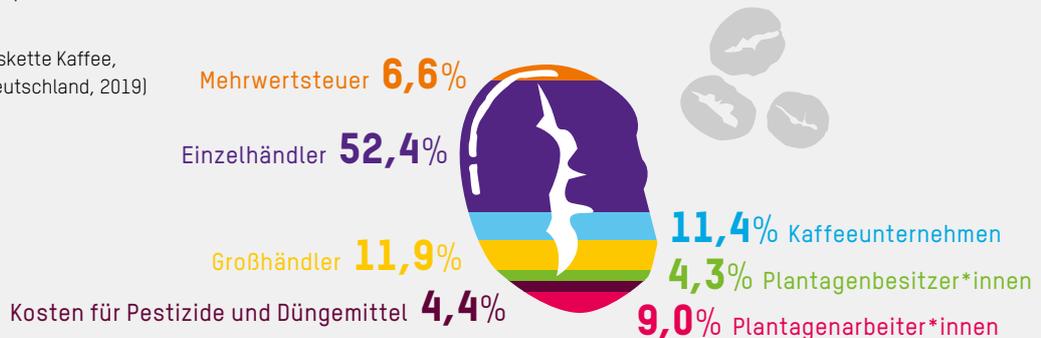
WER VERDIENT AM TEE?

(Quelle: BASIC, Wertschöpfungskette Tee, Assam, Indien nach Deutschland, 2017)



WER VERDIENT AM KAFFEE? *

(Quelle: BASIC, Wertschöpfungskette Kaffee, Minas Gerais, Brasilien nach Deutschland, 2019)



* Die in Deutschland geltende Kaffeesteuer wird je nach Lieferkettenstruktur von Einzelhändlern oder von den Kaffeeunternehmen gezahlt. Für das hier gewählte Produkt beträgt die Kaffeesteuer ca. 22% Wertschöpfungsanteil.

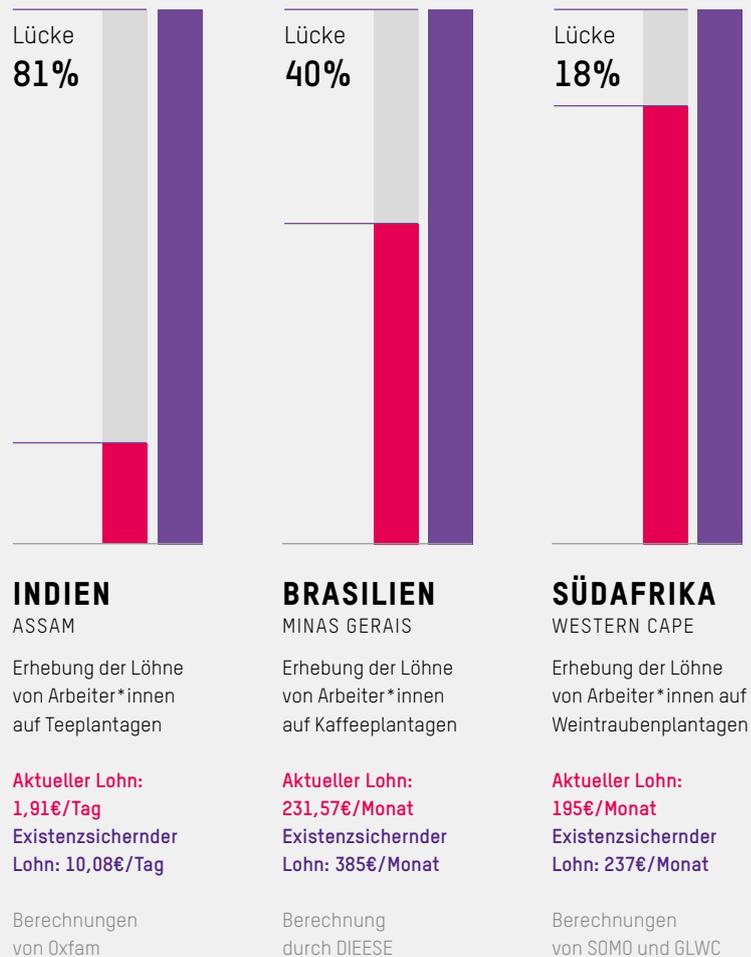
Gemessen am Verkaufspreis beträgt der Lohnanteil von Arbeiter*innen im Anbau bei Wein aus Südafrika und bei Tee aus Indien jeweils ungefähr ein Prozent. Bei Kaffee aus Brasilien ist der Lohnanteil gemessen an einer 250g-Packung gemahlenem Kaffee etwas höher. Allerdings ist hier in den letzten Jahren ein besonders dramatischer Rückgang zu beobachten. In allen Fällen erhalten Arbeiter*innen nur einen Bruchteil von jedem Euro, den Konsumierende an den Supermarktkassen zahlen. Ungleichheit ist entlang globaler Lieferketten also die Regel geworden.²⁴

Keine*r der in Oxfams Recherchen interviewten Arbeiter*innen erhält einen existenzsichernden Lohn. Um im weltweiten Wettbewerb die Produktionskosten gering zu halten, setzen Staaten Mindestlöhne oft weit unter den notwendigen existenzsichernden Löhnen an. Häufig werden nicht einmal diese Mindestlöhne gezahlt.

i Das Konzept eines **existenzsichernden Lohns** beruht auf den Übereinkommen 26 und 131 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Es sieht vor, dass die für eine reguläre Arbeitswoche gezahlten Löhne ausreichen müssen, um die Grundbedürfnisse der Arbeiter*innen und ihrer Familien zu befriedigen, einschließlich eines gewissen Betrages zur freien Verfügung.²⁵

Eine neue Oxfam-Befragung von Tee-Arbeiter*innen im indischen Bundesstaat Assam ergab, dass diese täglich 1,91 Euro verdienen. Das ist weit entfernt von einem existenzsichernden Lohn von 10,08 Euro pro Tag.²⁶

REICHT DER LOHN ZUM LEBEN?²⁷





Kaffeebohnen nach der Ernte. Die Arbeiter*innen, die den Kaffee pflücken, verdienen meist nicht genug zum Leben.

© Tatiana Cardeal/Oxfam

Im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais beträgt die Lücke zwischen aktuell erhaltenen und existenzsichernden Löhnen im Kaffeeanbau bei festangestellten Arbeiter*innen 40 Prozent. Gemäß Erhebungen des von Oxfam beauftragten gewerkschaftsübergreifenden Instituts für Statistik und sozioökonomische Studien DIEESE²⁸ ist diese Lohnlücke bei Arbeiter*innen ohne feste Verträge deutlich größer. Hier müssten die Löhne mehr als das 2,3-Fache betragen, um existenzsichernd zu sein. Zudem haben diese Beschäftigten keinerlei Kündigungsschutz und sind nicht sozialversichert.

Einer Studie der Organisation Center for Research on Multi-national Corporations SOMO, zufolge beträgt der durchschnittliche Lohn einer*r Farmarbeiter*in im südafrikanischen Weinanbau 195 Euro im Monat. Die Global Living Wage Coalition (GLWC) berechnet für diese Tätigkeit einen existenzsichernden Lohn von 237 Euro. Daraus ergibt sich eine Lohnlücke von 18 Prozent. Wie Oxfams südafrikanische Partnerorganisation Women on Farms Project in einer aktuellen Befragung von Arbeiter*innen auf Weinplantagen herausfand, unterschätzt die Methode der GLWC das tatsächlich notwendige existenzsichernde Einkommen jedoch systematisch, da in den entsprechenden Berechnungen beispielsweise nur besonders günstige Lebensmittel berücksichtigt werden. Zudem kommen Arbeiter*innen häufig nicht auf die für den Mindestlohn vorgesehenen 21 Arbeitstage pro Monat und verdienen somit noch weniger.²⁹

In den letzten Jahren haben einige Supermärkte erste Ankündigungen gemacht, existenzsichernde Löhne in ihren Lieferketten gewährleisten zu wollen. Die neuen Erhebungen zeigen jedoch, dass sich an der dramatischen Lohnsituation von Arbeiter*innen in der globalen Lebensmittelproduktion bisher nichts geändert hat. Die Analysen zur Verteilung der Profite entlang der Lieferkette lassen auch nicht erkennen, dass der Preisdruck durch die Supermärkte weniger geworden wäre. Es braucht daher einen Systemwandel im Lebensmitteleinzelhandel hin zu einem Geschäftsmodell, bei dem Menschenrechte im Mittelpunkt stehen.

4. DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF: WAS SUPERMARKTKETTEN JETZT TUN MÜSSEN

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Supermarktketten Profite vor den Schutz von Menschenrechten stellen. Frauen sind von der Pandemie besonders hart getroffen, da sie häufiger in unsicheren und niedriger bezahlten Jobs arbeiten. Oxfam ruft die Supermarktketten daher zu einem Umdenken auf, hin zu einem Geschäftsmodell, bei dem Menschenrechte geachtet werden und Geschlechtergerechtigkeit vorangetrieben wird.



NOTWENDIGE MASSNAHMEN VON SUPERMARKT- KETTEN:

1.

Kurzfristige Maßnahmen als Antwort auf die Corona-Pandemie

- a. Supermarktketten müssen sicherstellen, dass allen Arbeiter*innen in ihren Lieferketten kostenlose Schutzkleidung zur Verfügung gestellt wird, um sich vor einer COVID-19-Infektion zu schützen.
- b. Im Falle von COVID-19-Ausbrüchen bei einem Zulieferunternehmen sollten Supermarktketten das Unternehmen bei einem angemessenen Umgang mit der Situation unterstützen und nicht einfach die Geschäftsbeziehungen kappen.
- c. Supermarktketten sollten ihren Verhaltenskodex anpassen, so dass darin Zulieferunternehmen zum Schutz von Arbeiter*innen vor COVID-19-Infektionen und einem adäquaten Umgang mit infizierten Mitarbeiter*innen verpflichtet werden, zum Beispiel durch Gefahrenzulagen sowie Lohnfortzahlungen während einer COVID-19-Erkrankung.

2.

Menschenrechtsverletzungen in globalen Lebensmittellieferketten beenden

Seit Beginn von Oxfams internationaler Kampagne zu Menschenrechtsverletzungen in den Lieferketten von Supermärkten haben wir die Unternehmen dazu aufgefordert, robuste Prozesse für menschenrechtliche Sorgfalt einzuführen. Dazu gehören insbesondere:

- die Identifikation der menschenrechtlichen Risiken in den eigenen Lieferketten;
- die Schaffung von Transparenz durch Offenlegung von Zulieferern entlang der eigenen Lieferketten;
- eine Analyse der Auswirkungen der eigenen Geschäftstätigkeit auf Menschenrechtsverletzungen (Human Rights Impact Assessment);
- die Umsetzung effektiver Maßnahmen zur Vermeidung von Menschenrechtsrisiken, insbesondere Austausch und Verhandlungen mit Arbeiter*innen und deren (gewerkschaftlichen) Vertretungen sowie eine Anpassung der eigenen Einkaufs- und Preispolitik;
- die Einführung von Beschwerde-mechanismen sowie die Leistung von Abhilfe und Wiedergutmachung bei aufgetretenen Menschenrechtsverletzungen.

3.

Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten bekämpfen

Hierzu sollten Supermarktketten eine Unternehmenspolitik für Geschlechtergerechtigkeit veröffentlichen und umsetzen, um folgende notwendige Schritte anzugehen:

- geschlechtsspezifische Daten bei Zulieferunternehmen in eigenen Hochrisikolieferketten erheben, inklusive der Löhne;
- beim Schließen des Gender Pay Gap signifikanten Fortschritt machen, jeweils beginnend in den Lieferketten für drei Hochrisikoprodukte;
- menschenrechtliche Wirkungsanalysen mit einem Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit veröffentlichen;
- einen Aktionsplan zur Vermeidung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung erarbeiten;
- Anreize für gerechtere Bezahlung und sicherere Arbeitsbedingungen für Frauen geben;
- Hürden für Frauen beim Zugang zu Gewerkschaften abbauen;
- Zugang zu geschlechterspezifischen Beschwerdemechanismen gewährleisten;
- Zulieferunternehmen dabei unterstützen, Frauen Zugang zu Gesundheitsschutz zu gewährleisten und bei Care-Verantwortlichkeiten zu unterstützen.

4.

Geschäftsmodell am Gemeinwohl ausrichten

Um dafür zu sorgen, dass Profite von Supermarktketten auch den Arbeiter*innen in globalen Lieferketten zugutekommen sollten die Unternehmen

- signifikant in gerechtere Lieferketten investieren, so dass Arbeiter*innen, kleinbäuerliche Produzent*innen und die weiteren Zulieferunternehmen einen angemessenen Anteil der Wertschöpfung erhalten. Dafür müssen die Preise mindestens die Produktionskosten abdecken und die Zahlung von existenzsichernden Löhnen ermöglichen.
- gerechten Preisen und existenzsichernden Löhnen Vorrang vor Gewinnausschüttungen an Gesellschafter*innen geben. Eine ethische Preisgestaltung ist dafür eine Grundvoraussetzung, mehr Transparenz bezüglich ihrer Investitionen in die eigenen Lieferketten sowie die Gewinnausschüttungen schaffen.

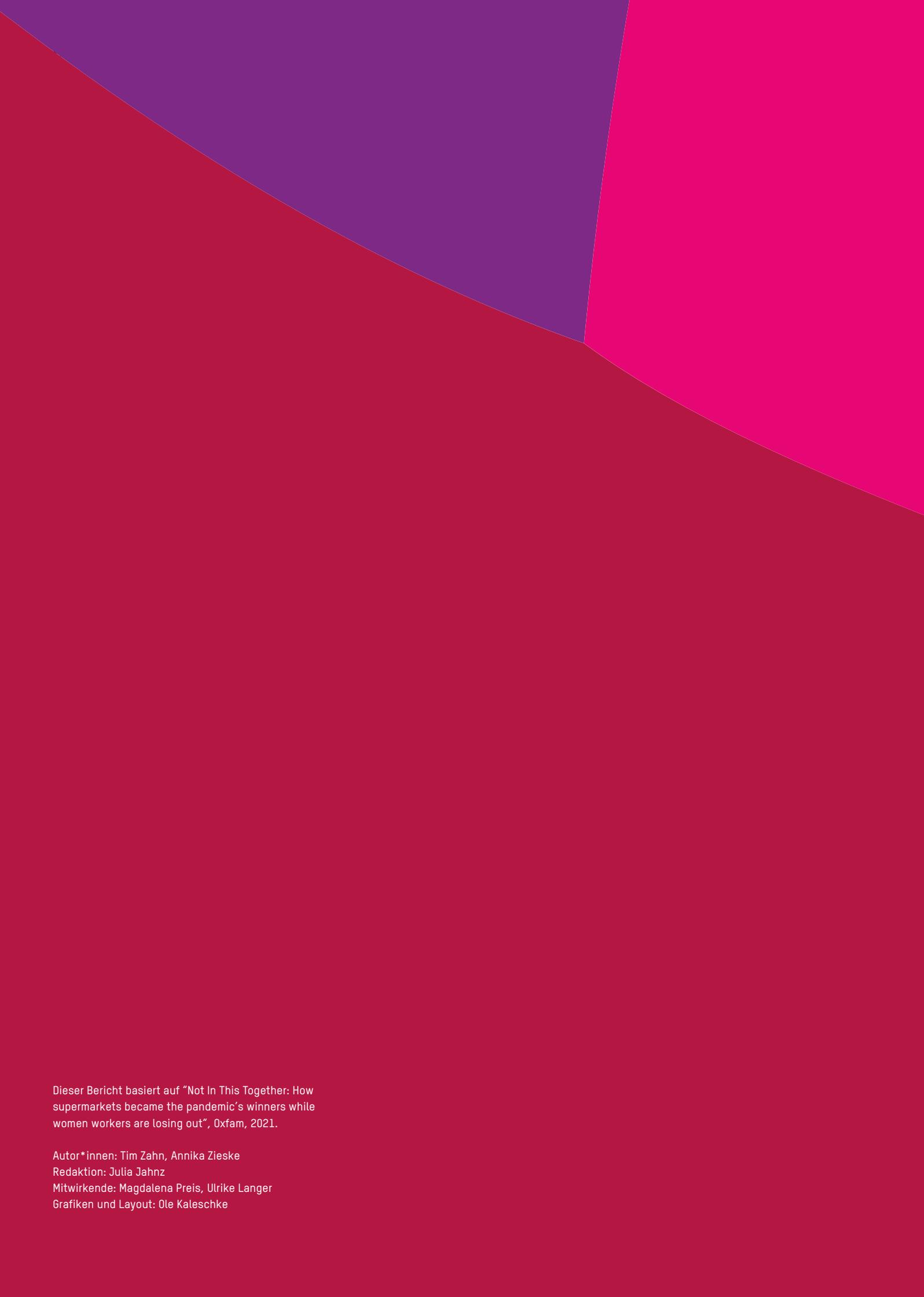


NOTWENDIGE MASSNAHMEN DER BUNDESREGIERUNG:

Die Bundesregierung sollte Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten durch folgende Maßnahmen stärken:

- In der aktuellen Legislaturperiode wurde ein Lieferkettengesetz durch die Bundesregierung erarbeitet. Dieses muss überarbeitet werden, damit auch Geschlechtergerechtigkeit betrachtet wird, kleinere Unternehmen einbezogen werden und die dringend notwendige zivilrechtliche Haftung ergänzt wird.
- Die Bundesregierung sollte sich auch auf EU-Ebene für ein wirksames Lieferkettengesetz einsetzen, welches die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte berücksichtigt. Es muss entsprechend für die gesamte Lieferkette gelten, zivilrechtliche Haftung vorsehen, Rechtszugang für Betroffene – besonders für Frauen – ermöglichen, auch kleinere Unternehmen abdecken sowie Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen.
- Die Bundesregierung sollte im Agrarorganisationen-und-Lieferkettengesetz, wie in Spanien bereits erfolgt, ein Verbot des Einkaufs von Lebensmitteln unterhalb der Produktionskosten verankern, um so eine ethische Preisgestaltung zu fördern.
- Die Bundesregierung sollte Transparenzpflichten für Unternehmen einführen, damit diese Investitionen in die eigenen Lieferketten sowie Gewinnausschüttungen veröffentlichen müssen.

- 1 Es gibt viele Geschlechter, nicht nur Frauen und Männer. Für die Untersuchungen in dieser Studie lag ein Großteil der Daten jedoch lediglich für Frauen und Männer vor. Durch sexistische und patriarchale Strukturen sind häufig nicht nur Frauen, sondern auch trans-, inter-, nicht-binäre und agender-Personen betroffen.
- 2 Unter Care-Arbeit, oder auch Sorgearbeit, fallen Kinderbetreuung und Altenpflege, aber auch weitere familiäre Unterstützung sowie häusliche Pflege oder Hilfe unter Freunden. Diese Arbeit wird bisher meist von Frauen geleistet. Care-Arbeit wird bisher oft als unbezahlte Hausarbeit geleistet und gesellschaftlich als selbstverständlich angesehen (Definition siehe: <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/care-arbeit/>).
- 3 Quelle: https://www.gfk.com/hubfs/NCE_DE_202007_CI_12_2020.pdf
- 4 Quelle: <https://www.lebensmittelzeitung.net/handel/Bilanz-2020-Edeka-uebertrifft-alle-Prognosen-152211>
- 5 Quelle: Not In This Together: How supermarkets became the pandemic's winners while women workers are losing out, Oxfam, 2021. <http://www.notinthistgether.behindthebarcodes.org/>; Berechnungen basieren auf einem Wechselkurs 1\$ = 0,83€ (Stand: 13.05.2021).
- 6 Quelle: https://www.rbb24.de/wirtschaft/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/05/supermarkt-mitarbeiter-praemien-sonderzahlungen-gutschein.html
- 7 Quelle: Not In This Together: How supermarkets became the pandemic's winners while women workers are losing out, Oxfam, 2021. <http://www.notinthistgether.behindthebarcodes.org/>
- 8 Rechnung basierend auf der aktuellen Studie von Oxfam: Vermögenszuwachs 7 Mrd. €; Living Wage Lücke: 1.843 € /Jahr; 4 Millionen Arbeiter*innen in Minas Gerais (Quelle: <https://reporterbrasil.org.br/wp-content/uploads/2017/05/Farmworker-Protections-and-Labor-Conditions-in-Brazil%E2%80%99s-Coffee-Sector.pdf>).
- 9 Rechnung basierend auf der aktuellen Studie von Oxfam: Vermögen: 24 Mrd. €; Jahreseinkommen: 2.779 €.
- 10 Quelle: ILO monitor 7th edition (2021). ILO: Uncertain and uneven recovery expected following unprecedented labour market crisis.
- 11 Quelle: UN Women (2020). Guidance for Action: Gender-Sensitive Private Sector Response to Covid-19 for Accelerated and Inclusive Economic Recovery. http://www3.weforum.org/docs/WEF_51129_WP_Global_Value_Chain_Policy_Series_Gender_report_2018.pdf, S.4 und 7-8.
- 12 Quelle: <https://www.unwomen.org/en/what-we-do/economic-empowerment/facts-and-figures>
- 13 Quelle: Not In This Together: How supermarkets became the pandemic's winners while women workers are losing out, Oxfam, 2021. <http://www.notinthistgether.behindthebarcodes.org/>
- 14 Mit * markierte Namen wurden geändert. Oxfam setzt sich für Menschen in prekären Situationen ein – beispielsweise auf der Flucht vor Verfolgung oder in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Wir sehen aus Respekt und zum Schutz der Menschen, zum Beispiel vor Repressionen oder Stigmatisierung, von der Namensnennung ab.
- 15 Löhne sind im Originalzitat in lokaler Währung und wurden zum besseren Verständnis in Euro umgerechnet.
- 16 Quelle: Not In This Together: How supermarkets became the pandemic's winners while women workers are losing out, Oxfam, 2021. <http://www.notinthistgether.behindthebarcodes.org/>
- 17 Quelle: UOL Economia (2018): IBGE: Informality grows and reaches 37.3 million workers in 2017. <https://economia.uol.com.br/empregos-e-carreiras/noticias/redacao/2018/12/05/ibge-trabalhadores-informalidade-brasil-2017.htm>
- 18 N. Chaiprakobwiriya et al. (2020). Rapid Gender Analysis for COVID-19: Gendered Impact of the COVID-19 Pandemic on Migrants in Thailand. Raks Thai. https://www.raksthaiplp.org/uploads/1/2/0/6/120675026/rga_for_covid-19_on_migrants_in_thailand_june_2021.pdf
- 19 Quelle: https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_supermarkt-check_2020_03.pdf
- 20 Quelle: <https://www.rewe-group.com/de/presse-und-medien/newsroom/pressemitteilungen/rewe-group-starkt-frauen-fur-geschlechtergerechtigkeit-entlang-der-lieferketten/>
- 21 Quelle: <https://menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de/menschenrechte/moderne-sklaverei-und-zwangsarbeit/> und <https://www.gov.br/mdh/pt-br/navegue-por-temas/combate-ao-trabalho-escravo/conceitos>
- 22 Siehe <https://lieferkettengesetz.de/forderungen/>
- 23 Oxfam International (2018): Ripe for Change, Ending Human Suffering in Supermarket Supply Chains. URL: https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/file_attachments/cr-ripe-for-change-supermarket-supply-chains-210618-en.pdf
- 24 Quelle: Not In This Together: How supermarkets became the pandemic's winners while women workers are losing out, Oxfam, 2021. <http://www.notinthistgether.behindthebarcodes.org/>
- 25 Quelle: <https://api.fairwear.org/wp-content/uploads/2019/10/Fair-Wear-Living-Wage-Approach-report-v03.pdf>
- 26 Quelle: Oxfam India (2021). In Defense of Living Wages for Tea Plantation Workers, Evidence from Assam. URL: S.21. Monatslohn von 4.774 Indische Rupien (INR), aufgeteilt auf 26 Arbeitstage.
- 27 Quelle: Not In This Together: How supermarkets became the pandemic's winners while women workers are losing out, Oxfam, 2021. <http://www.notinthistgether.behindthebarcodes.org/>; Unter der Annahme, dass die Unterkunft nicht von den Arbeitgeber*innen gestellt wird. Berechnungen basieren auf einem Wechselkurs 1\$ = 0,83€ (Stand: 13.05.2021).
- 28 Die Berechnungen wurden im Auftrag von Oxfam durch die Organisation DIEESE (English: Brazilian Inter-Union Department of Statistics and Socio-Economic Studies) im Dezember 2020 durchgeführt. Die Berechnungen zu existenzsichernden Löhnen basieren auf dem in der brasilianischen Verfassung beschriebenen Konzept eines „notwendigen Mindestlohns“.
- 29 Quelle: Not In This Together: How supermarkets became the pandemic's winners while women workers are losing out, Oxfam, 2021. <http://www.notinthistgether.behindthebarcodes.org/>



Dieser Bericht basiert auf "Not In This Together: How supermarkets became the pandemic's winners while women workers are losing out", Oxfam, 2021.

Autor*innen: Tim Zahn, Annika Zieske
Redaktion: Julia Jahnz
Mitwirkende: Magdalena Preis, Ulrike Langer
Grafiken und Layout: Ole Kaleschke

IMPRESSUM

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit 3.500 lokalen Partnern in 67 Ländern.

Herausgeber:
Oxfam Deutschland e. V.
Juni 2021

V.i.S.d.P.:
Marion Lieser, Oxfam Deutschland e. V.,
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin,
Tel.: +49 (0)30 45 30 69 0, E-Mail: info@oxfam.de



Diese Studie wird mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt ist allein Oxfam Deutschland e.V. verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



Co-funded by the
European Union



OXFAM
Deutschland